

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengefuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 131

Donnerstag, den 5. Juni 1924.

48. Jahrgang

Marr vor dem Reichstag.

Berlin, 4. Juni.

Das Haus lehnte heute zunächst gegen die Stimmen der Kommunisten einen Einspruch des Abg. Kemmele (Komm.) gegen seine Ausschließung von 20 Sitzungen ab. Die Sozialdemokraten stimmten mit der Mehrheit.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Weiterverhandlung steht der Bericht des Geschäftsordnungs-Ausschusses über den Antrag auf Freilassung der inhaftierten kommunistischen Abgeordneten Pfeiffer, Schlecht und Lindau. Der Ausschuss beantragt, die Abgg. Pfeiffer und Lindau nicht freizulassen und den Fall des Abg. Schlecht weiter zu prüfen.

Abg. Roenen (Komm.) ergeht sich dann in heftigen Ausfällen gegen die Sozialdemokraten, den Präsidenten Wallraf, die Nationalsozialisten und die gesamten bürgerlichen Parteien, die die kommunistische Fraktion galgenvogelfrei machen wollten. Demgegenüber betonen die Abgg. Dr. Bell (Ztr.) und Brodauf (Dem.), daß Parteipolitik hier gar nicht in Frage komme.

Abg. Henning (Nat.-Soz.) hält dem Reichstage vor, daß er 6 Kommunisten freigelassen habe, aber den nationalsozialistischen Abgeordneten Kriebel festhalte, obwohl es sich hier um einen Ehrenmann handle, dessen vaterländische Beweggründe sogar vom Auslande anerkannt worden seien. (Gr. Lärm b. d. Komm., Heiterkeit bei den Nat.-Soz.) Auch im weiteren Verlaufe der Ausführungen des Redners kommt es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen mit den Kommunisten.

Nach weiterer Debatte und einer Reihe persönlicher Bemerkungen beschließt der Reichstag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die Freilassung der kommunistischen Abgeordneten Lindau und Pfeiffer abzulehnen, ebenso die Freilassung des Abg. Schlecht (Komm.), dessen Fall aber weiter geprüft werden soll.

Damit schließt um 4 Uhr die erste Sitzung und der Präsident beraumt auf 5 Uhr eine neue Sitzung an mit der Tagesordnung Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Die Programmklärung von Dr. Marr.

Um 5 Uhr 20 Min. eröffnete Präsident Wallraf die neue Sitzung. Das Wort erhält sofort der Reichskanzler Marr. Der Kanzler wird, als er zum Rednerpult schreitet, von den Kommunisten mit wilden Rufen empfangen. Sie schreien empör: Amnestie! Freilassung der politischen Gefangenen! Bald aber legen sich die Rufe und der Reichskanzler erhält das Wort.

Der Kanzler teilt zunächst mit, daß der Reichspräsident alle bisherigen Minister in ihren Ämtern bestätigt habe. Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung hatten ihren tiefsten Grund in der ersten und bedrängten außenpolitischen Lage des Reichs. Nach den vergeblichen Bemühungen Deutschlands, zu einem wahren Frieden zu gelangen, wird der Meinungsfreiheit über den einzuschlagenden Weg heftiger ausgetragen, als die Einmütigkeit über das Ziel der Befreiung Deutschlands es rechtfertigt. Seit Jahren steht die deutsche Politik unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse, zumal jetzt da das Gutachten der Sachverständigen die beherrschende Frage der großen internationalen Politik ist. Für Deutschland ist es die Lebensfrage. Die Lage unserer Wirtschaft ist trostlos, wenn nicht gar verzweifelt.

Einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise sah die Reichsregierung in dem Gutachten namhafter ausländischer Sachverständiger. Sie hat deshalb am 17. April der Reparationskommission geantwortet, daß sie in dem Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems erblicke und daß sie deshalb bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusichern. Die jetzige Reichsregierung wird die bereits im Gange befindlichen und durch die Regierungsbildung nicht verzögerten Vorarbeiten zur Durchführung des Gutachtens fortsetzen. Aufgabe der Organisationskomitees für die Goldnotenbank, die Reichsbahn und die Industriebank wird es sein, die in dem Gutachten noch vorhandenen Lücken auszufüllen und Unklarheiten sowie textliche Widersprüche aufzuklären. Die Befugnisse der Kommissare müssen völlig klargestellt und abgegrenzt werden, und die Zweifel hinsichtlich der deutschen Mehrheit in dem Verwaltungsrat der Reichsbahn beseitigt werden. Danach wird die Reichsregierung die Gesekentwürfe über diese Materien den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen.

Ferner müssen die Fragen der Rölle und Verbrauchgaben mit der Gegenseite erörtert werden. Die Tätigkeit des Agenten für die Reparationszahlungen muß noch in Einzelfragen geregelt werden. Das Gutachten kann nach der Ansicht der Sachverständigen nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Die Reichsregierung will die Vorarbei-

ten beschleunigen und das Gutachten in die Wirklichkeit umsetzen. Sie hofft dabei auf die schnelle Mitarbeit des Reichstags.

Die von unserer Seite zu erlassenden Gesekentwürfe und Anordnungen werden erst in Kraft treten, wenn klar und eindeutig feststeht, daß auch die Gegenseite das Gutachten als ein unteilbares Ganzes unverändert annimmt, und wenn Gewißheit dafür gegeben ist, daß die Gegenseite gleichzeitig alle die Maßnahmen trifft, die in dem Gutachten als notwendig bezeichnet sind, um die deutsche Leistungsfähigkeit wieder herzustellen.

Die ungeheuren Opfer für das deutsche Volk sind nur tragbar, wenn allen Deutschen die Möglichkeit gegeben wird, in ihrer Heimat einer ungehinderten Arbeit sich hinzugeben, den vielen Tausenden Vertriebenen und ihrer Heimat Voraubter Freiheit und Heimat wiedergegeben wird, eine unerläßliche Forderung, von der die Reichsregierung nicht abgehen kann, wenn das Gutachten im Geiste ehrlicher Verständigung von allen Regierungen angenommen und durchgeführt wird.

Wenn wir auf eine vertragliche Grundlage mit unseren Reparationsgläubigern kommen wollen, so ist es nur folgerichtig und unerläßlich, daß die ganze vertragliche Basis überall wiederhergestellt wird, sowohl bezüglich des auf Grund des Versailler Vertrages besetzten Rheinlandes, wie des über diesen Vertrag hinaus besetzten Gebietes. Das würde bedeuten, daß im altbesetzten Gebiet das Rheinlandabkommen wieder hergestellt wird, und daß die darüber hinaus besetzten Gebiete geräumt werden.

Die Sachverständigen haben selbst klar darauf hingewiesen, daß die über ihre Zuständigkeit hinausgehenden politischen Fragen zwischen Reichsregierung und den alliierten Regierungen unmittelbar geregelt werden müssen. Vor diesen lebenswichtigen, für die Einheit des Reiches wie für die deutsche Wirtschaft gleich bedeutsamen Fragen der Außenpolitik müssen

alle innerpolitischen Fragen

vorerst zurücktreten. Deshalb unterlassen wir es jetzt, auf Fragen innerer Politik einzugehen.

Angeht die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet, beschwört die Reichsregierung den Reichstag und das ganze deutsche Volk, die langsam einsetzende Gesundung Deutschlands durch Uneinigkeit nicht wieder zu zerstören.

Es geht um deutsche Brüder, es geht um deutsches Land, es geht um Deutschlands Rettung in letzter höchster Not. Das Rheinland und unsere bedrängten Landsleute an der Ruhr sehen erwartungsvoll auf Sie und verlangen von Ihnen, daß Sie Ihnen schnell Rettung und Hilfe bringen. Die Besprechung der Regierungserklärung wurde auf Donnerstag 10 Uhr vertagt.

★

Es ist wohl selten eine so schwache Regierungserklärung abgegeben worden. Die Wiedererstantenen verzichten von vornherein auf jede Genußnahme für die himmelschreiende Brutalisierung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, verzichten unbedingt auf jede Entschädigung der Vergevaltigten und Beraubten. In Zukunft ist jeder Deutsche vogelfrei, denn wo ist die schützende und rächende Hand, wenn ihm die Krallen des Feindes in die Gurgel dringen. Wir kennen wohl nur noch das eine Gebet: Gebt uns gemächliche Ruhe, wir erfüllen, bis wir — freizehen. Aber so denkt man nur in Berlin, im Volke ist trotz des großen Geschreis der Steigbügelhalter der Marxisten eine andere Gesinnung, ein ganz anderer Lebenswille als Nation. Und wenn Kanzler Marr mit Minister Stresemann tatsächlich glaubt, nicht etwa nur sagt, daß die Durchführung des Gutachtens zur „Freiheit“ führt, so würden die dann folgenden Tatsachen beide Minister eines anderen belehren. Diese Erklärung trägt das Stichwort des Herrn Wirth: „Durch Arbeit zur Freiheit“. Es ist aber unwohl, denn diese Arbeit, die für Tributleistungen eines gerissenen und unerfättlichen Gegners geleistet wird, führte zur Währungsatastrophe und jetzt zur drückenden Wirtschaftskrise und wird weiter in eine schmachvolle Sklaverei führen, die der ganzen Nation jede Würde und jede Achtung der Geringsten nicht nur nimmt, sondern kaum wiederzugewinnen läßt.

Erklärung der Deutschnationalen.

Opposition des Volkswohls wegen.

Berlin, 4. Juni. Die „Deutschnationale Volkspartei-Korrespondenz“ behandelt in einem offenbar parteioffiziösen Artikel den Verlauf der letzten Verhandlungen zwischen Mittelparteien und Deutschnationalen. Der ziemlich ausführliche Artikel kommt zum Schluß zu folgenden Feststellungen: Die

Deutschnationale Volkspartei hat durch die gescheiterten Verhandlungen die völlige Freiheit des Handelns wieder erhalten. Die überparteiliche Lösung einer Regierungsbildung durch eine Persönlichkeit des Vertrauens, wie sie Herr von Tirpitz verkörpert, die von der Deutschnationalen Volkspartei nie aufgegeben worden ist und noch heute die große Entscheidung zu bringen geeignet ist, steht damit wieder in ihrer ganzen Bedeutung fest.

Wenn die Dringlichkeit der Regierungsbildung Herrn Marr veranlaßt hat, unter plötzlichen Abbruch der Verhandlungen sein altes Kabinett dem Reichspräsidenten wieder vorzustellen, und die gleiche Dringlichkeit Herrn Ebert dazu geführt hat, dieses Kabinett zu erneuern, so lag nach unserer Ansicht die Möglichkeit vor, durch Beauftragung des Herrn von Tirpitz der Dringlichkeit der Lösung der Regierungskrise gleichertweise zu dienen, besonders, nachdem die vorhergegangenen Verhandlungen bereits in so weitgehender Weise die Differenzen beseitigt hatten.

Warum handelt es sich denn im Grunde? Um die Stellungnahme zu dem sogenannten Dames-Gutachten. Die Mittelparteien unter Führung des früheren Reichskanzlers Marr waren ebenso wie die Deutschnationalen schließlich bereit, dieses Gutachten als den „Gegenstand“ von Verhandlungen zu betrachten, die von der deutschen Regierung mit den anderen Mächten geführt werden müßten. Man kann sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, daß die Mittelparteien in diese Verhandlungen mit dem festen Vorsatz hineinzugehen beabsichtigten, keinesfalls nein zu sagen, wenn sie irgendwo auf unüberwindlichen Widerstand der andern Mächte stoßen würden.

Die Deutschnationale Volkspartei dagegen war und ist fest entschlossen, in solche Verhandlungen hineinzugehen mit der Absicht, falls sie auf unüberwindlichen Widerstand stießen würde, nein zu sagen, überall da, wo sich dieser Widerstand gegen Forderungen erheben würde, die von Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes und Staatsnotwendigkeiten des Reiches diktiert werden.

Getreu diesem Grundsatz wird die Deutschnationale Volkspartei auch bei den Verhandlungen des Deutschen Reichstages Stellung nehmen, die sich mit den Gesekenschäftigen werden, welche das Damesgutachten erfordert. Ob dabei die Politik der jetzt wieder gebildeten Regierung unter Umständen mit der Hilfe der Sozialdemokratie sich wird durchsetzen können oder die Deutschnationale Volkspartei, das wird die Zukunft lehren.

Die Deutschnationale Volkspartei ist daher fest entschlossen, von der schärfsten Opposition Gebrauch zu machen, um ihre Ueberzeugung zum Wohle des deutschen Volkes und Reiches durchzusetzen.

Volkstabsstimmung über das „Gutachten“?

In der „Deutschen Zeitung“ bespricht Max Maurenbrecher die durch die Bestätigung des Kabinetts Marr geschaffene Lage, bezw. die Folgerungen, die sich daraus für die nationale Opposition ergeben. Diese müßte alles daran setzen, um eine alsbaldige Auflösung des Reichstages zu erzwingen. Im neuen Wahlkampf müßte eine nationale Einheitsfront geschaffen werden; es dürfe nur eine Lösung geben, die einfach auf Ja oder Nein hinausläufe. Es möge aber zweifelhaft sein, ob die Erzwingung der Auflösung sofort möglich sei; Darum scheine ein anderer Weg kürzer und rascher zum Ziele zu führen... Und dazu sagt Maurenbrecher:

„Bekanntlich hat der sozialdemokratische Parteivorstand kurz vor der Wahl einstimmig beschlossen, den Antrag einzubringen, die Entscheidung über das Sachverständigengutachten einer Volkstabsstimmung zu unterbreiten. Er tat es aus Furcht, daß die Wahlen einen gewaltigen nationalen Aufschwung bringen würden und daß er dann mit dem Ruf an die Furcht, an die Feigheit und Erbärmlichkeit eines großen Teiles der Deutschen diese nationale Erhebung wieder werde abbrechen können. Jetzt sollte die nationale Opposition ihm diese Waffe aus der Hand nehmen und sollte ihrerseits, trotz aller sachlichen und verfassungsmäßigen Bedenken, die wir durchaus zu würdigen vermögen, entschlossen zugreifen: Volkstabsstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Gutachtens muß heute der gemeinsame Antrag aller Gruppen der nationalen Opposition sein. Es müssen die hundert Abgeordneten der Sozialdemokratie vor der Öffentlichkeit gewonnen werden, dem Antrag ihres eigenen Parteivorstandes zuzustimmen. Die Kommunisten würden sich wohl ohne weiteres ebenfalls anschließen. Damit wäre, ohne weiteres eine starke Mehrheit für diesen Antrag im Reichstag gegeben. Er

Putz-Abteilung



Vorteilhaftes Pfingst-Angebot

Hutformen	1.25	2.50	4.50	6.75
Garnierte Hüte	3.50	4.75	6.50	9.50

Sporthüte			
1.75	2.50	4.75	9.75

Glasbatisthüte			
3.50	5.75	9.50	12.50

Gustav Zeeck, Stolp.

Außerordentliche Stadtverordneten-Versammlung.
Sitzung am Freitag, den 6. Juni 1924, nachm. 4 1/2 Uhr.

- Tagesordnung:**
1. Stat 1924.
 2. 1334. St. Festsetzung des für das Rechnungsjahr 1924 zu erhebenden Zuschlages zur staatlichen Gewerbesteuer auf 400%.
 3. 1337. St. Zuschläge zur Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1924.
 4. I A. 1136. Wahl der Kommissionen: (Armendirektion, Baukommission, Feuerwehrratskommission, Gartenkommission, Kuratorium der Hospitäler, Kanalisationskommission, Künstlerischer Beirat, Krankenhauskuratorium, Mittelschulkommission, Schulausschuß für höhere Schulen, Deponiekommission, Schlachthofkommission.)
(Die einzelnen Fraktionen haben sich 1/2 Stunde vor Beginn der Sitzung einzufinden, um sich über die Zahl der von den einzelnen Fraktionen zu wählenden Kommissionsmitglieder zu einigen bezw. die Namen derselben zwecks Aufstellung der gemeinschaftlichen Liste bekanntzugeben.)
 5. Antrag der Kommunistischen Fraktion: Weiterzahlung der Erwerbslosenunterstützung, Festsetzung der Höhe in der produktiven Erwerbslosenfürsorge, Wirtschaftsbeihilfe für die Erwerbslosen, u. a.
- Stolp, den 5. Juni 1924
Der Stadtverordneten-Vorsitzer-Stellvertreter.
gez. Reike.

- Schmolzner Wiesenverpachtungen.**
- Mittwoch, 11. Juni, nachm. 2 Uhr: Große Moorkultur** südlich Grünhof und südwestlich Wügelshof Abt. I. Zusammenkunft an der Heuscheune am Kanal.
- Donnerstag, 12. Juni, vorm. 9 Uhr: Wiese bei Birchen-
zin, vorm. 11 Uhr: Moorkultur bei Pustinke**
- Freitag, 13. Juni, vorm. 8 Uhr: Bilawe, Schmiedewiese** usw., ferner auf mehrere Jahre: sog. Försterwiese am Dolgensee;
nachm. 1 Uhr: **Podjehwiese;**
nachm. 4 Uhr: **Waldgräseerei in Flossen, Rentamts-**
wiesen bei Karolinenhof. Zusammenkunft an der Kanalbrücke nördlich Karolinenhof.
- Sonnabend, 14. Juni, nachm. 2 Uhr, Zusammenkunft am** Gullenbergsdamm: **Moorkultur bei Brenkenhofstal,** ehem. Tunnisch'sche Wiese, Wiesen an der Wittstod und an der Zoch, unkultivierte Wiesen bei Brenkenhofstal; sodann auf mehrere Jahre: die **Milkligen-**
wiese an der Wittstod und Wiese der ehem. Woggon'schen Rohrpläne hinter Vollenz, **Waldgräseerei** im Fichtholz und in den Gullenbergen.
- Sonnabend, 21. Juni, vorm. 9 Uhr: Untswiesen bei Dassen.**
Der Forstmeister.

Ausnahmetag zum Pfingstfest!
Freitag, den 6. Juni
verkaufen wir in unseren sämtlichen Läden und in der Molkerei einen prachtvollen vollfesten Käse **„Bernhardiner“** in Stücken von etwa 1 1/2 Pfd. zu Mk. 1,60 d. Pfd. Der Käse ist haltbar, kann also 2-3 Wochen lang kühl aufbewahrt werden
Molkerei Stolp.

Ungefalgene Tafelbutter!

Infolge vielfacher Anregungen beabsichtigen wir bei genügender Beteiligung wöchentlich einen Verkaufstag für **ungefalgene Tafelbutter** einzuführen. Bei ungefalgener Tafelbutter kommt das feine Aroma der Molkereibutter viel besser zur Geltung. Salz kann sich jeder Verbraucher nach Belieben selbst zugeben. Der erste Verkaufstag findet statt

Dienstag, den 10. Juni.

Erhältlich ist die ungefalgene Butter in allen unseren Milchläden. Vorausbestellungen werden bis spätestens 7 Juni erbeten.

Molkerei Stolp.

Achtung! Wiesenpächter!

Nach einer Auskunft des Magistrats kommen nur die Wiesen zur Neuverpachtung, für die auch zum **vertragsmäßigen** Herbstzahlungstermin keine Pacht gezahlt worden ist

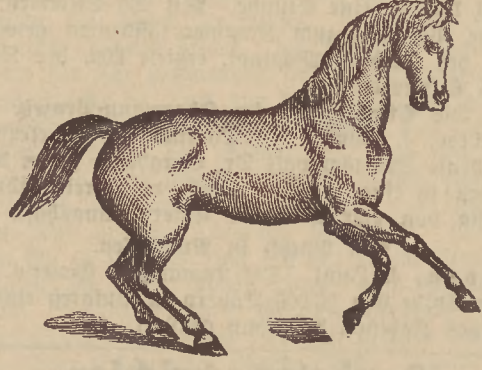
Die Verhandlungen mit dem Magistrat über die Höhe der Pacht zum Frühjahrzahlungstermin sind noch nicht abgeschlossen. Sobald sie erledigt sind, erhalten die Pächter Mitteilung.

Pächter, denen die Neuverpachtung ihrer Wiesen mitgeteilt ist, trotzdem sie vertragsmäßig nur den Frühjahrzahlungstermin vereinbart haben, werden erucht, sich schleunigst zur Wahrung ihrer Rechte im Landbund zu melden.

Pommerscher Landbund
Kreisgruppe Stolp.

Wiesenverpachtung.

Mittwoch den 11. Juni. Treffpunkt 8 Uhr Vorm. Wobesder Weg.
Die Hälfte muß sofort, ein Viertel bis 15. Juli, das letzte Viertel bis 15. September bezahlt werden.
v. Hanstein-Busseken.



Ständig große Auswahl in guten jungen Ermländer Alderpferden und anderen Gebrauchspferden
C. Daber, Pferdehandlung
Grüner Weg 50. Fernspr. 23.

Zu Pfingsten empfehle ich meinen sehr wohl schmeckenden rotstieligen

Rhabarber.

Rudolf Heinke,
Präsidentenstr. 36, Tel. 557.

Metallbetten

Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

Hingerichtet

bei Ihr Auge bei Bestellung oder Kauf von Zöpfen sowie aller Haararbeiten auf das altbekannte erste Damenfrisier- und Haargeschäft **nur Hoffenstr. 24**. Sie kaufen dort gut u. billig. Für Landhochzeiten stelle Filze. Bitte genau auf Firma zu achten.

R. Stach, nur Hoffenstr. 24.

100,— cbm.
Kantholz
nach Liste und 2000,— qm.

bes. Bretter
zur Lieferma im Juli gesucht. Groß Anzahlung bei Auftrag. Angebote unter B. 1240 an die Geschäftsstelle d. Bez. erbeten.

Kammerjäger und Rattenfänger Mietbüchster

alter erfahrener Fachmann, ist wieder in **Stolp** und Umgebung und vertilgt radikal unter **schriftlicher Garantie** Ratten, Mäuse und sämtliche Ungeziefer auch bei gefüllten Scheunen. Referenzen aus ganz Deutschland. Bestellungen erbitte man in der Geschäftsstelle dieses Blattes.



Kastenwagen

Alleinverkauf für Stolp der Ostdeutschen Fahrzeugfabrik Franz Nischke, Stolp nur bei

Firma Adolf Otto

(früher Richard Haensch)

Leiterwagen

